

OTTO HAINTZ
KÖNIG KARL XII.
VON SCHWEDEN



Karl XII.
Ölgemälde von David von Krafft.

Aus S. E. Bring, Karl XII., S. 196.

KÖNIG KARL XII. VON SCHWEDEN

VON
OTTO HAINTZ

DRITTER BAND

Der Ausgang der Königstragödie
(1715—1719)

ERSTE AUFLAGE

BERLIN 1958

WALTER DE GRUYTER & CO.

vormals G. J. Göschen'sche Verlagsbuchhandlung — J. Guttentag, Verlagsbuchhandlung — Georg Reimer — Karl J. Trübner — Veit & Comp.



Copyright 1958 by Walter de Gruyter & Co., Berlin

Printed in Germany

Archiv-Nr. 41 49 58

Alle Rechte, einschließlich des Rechtes der Herstellung

von Fotokopien und Mikrofilmen, vorbehalten.

Druck: Thormann & Goetsch, Berlin-Neukölln

**HERMAN BRULIN UND GUSTAF PETRI
IN DANKBARKEIT UND FREUNDSCHAFT
ZUGEEIGNET**

INHALTSVERZEICHNIS

| | |
|--|---------|
| Vorwort | XI—XV |
| I. Die machtpolitischen Positionen in Europa um die Jahreswende 1714/1715. Der Übergang Preußens und Hannovers auf die Seite der Nordischen Allianz. Die Vorbereitungen für den Feldzug in Norddeutschland | 1— 24 |
| II. Die Operationen zu Lande und zur See bis zur Einschließung von Stralsund | 25— 36 |
| III. Neue politische Verhandlungen. Die Landung der Alliierten auf Rügen und die nächtliche Schlacht bei Groß-Stresow | 37— 49 |
| IV. Die Eroberung von Stralsund und der Verlust aller Besitzungen Schwedens in Norddeutschland | 50— 79 |
| V. Die Rüstungen seit dem Winter 1715/1716 und die Gefahr einer schwedischen Landung auf Seeland. Die Flottenoperationen bis zum Sommer 1716 | 80— 87 |
| VI. Karls XII. mißlungener Feldzug in Norwegen 1716 und das Eingreifen der dänisch-norwegischen Flotte | 88—103 |
| VII. Die Gruppierung der europäischen Mächte im Nordischen Krieg bis zum Sommer 1716. Görg und die große Politik bis zum Frühjahr 1717. Das Vorspiel zum Ålandskongreß | 104—125 |
| VIII. Der große Flotten- und Truppenaufmarsch der Alliierten gegen Südschweden 1716. Der Verzicht auf die Landung in Schonen | 126—143 |
| IX. Der Norden und Europa um die Jahreswende 1716/1717. Schwedens und Dänemarks militärische Vorbereitungen | 144—155 |

| | |
|--|---------|
| X. Die See- und Landkriegführung bis zum Sommer 1718 | 156—167 |
| XI. Die große Politik bis zur Haftentlassung von Görz | 168—178 |
| XII. Vor dem Ålandskongreß | 179—195 |
| XIII. Die Mission des jüngeren Fabrice. Das Treffen der königlichen Familie in Kristinehamn | 196—208 |
| XIV. Der Ålandskongreß vom Mai bis August 1718 und die europäischen Mächte | 209—243 |
| XV. Die letzten Phasen des Ålandskongresses bis zu Karls XII. Tode | 244—258 |
| XVI. Der norwegische Feldzug von 1718 | 259—287 |
| XVII. Der Schuß von Fredrikshald | 288—310 |
| XVIII. Das Ende | 311—339 |
| XIX. Die Wirtschafts-, Finanz- und Geldpolitik der Görzischen Periode | 340—351 |
| Personenregister | 352—363 |
| Ortsregister | 364—371 |

KARTEN UND BILDER

| | |
|--|-----|
| I. Die Verteidigungsanlagen von Stralsund 1715 (Karte) | 32 |
| II. Stralsund zur Zeit des Nordischen Krieges (Kupfer- stich) | 48 |
| III. Der Kriegsschauplatz in Südnorwegen 1716 und 1718 (Karte) | 80 |
| IV. Fredrikshald (zeitgenössisches Bild) | 96 |
| V. Der Feldzug um Drontheim 1718 (Karte) | 256 |
| VI. Drontheim 1718 (Karte) | 272 |
| VII. Der Fredriksten (Karte) | 288 |
| VIII. Der Angriff auf die Festung Fredrikshald (Kupfer- stichkarte) | 304 |

TITELBILD

Karl XII. (Ölgemälde von David v. Krafft)

VORWORT

Als ich mit der Niederschrift des Entwurfes dieses abschließenden dritten Bandes meiner Biographie König Karls XII. begann, da herrschten in meinem Vaterland chaotische Zustände. Es waren das die ersten Jahre nach dem zweiten Weltkriege, und nach menschlichem Ermessen bestand keinerlei Aussicht darauf, daß das Gesamtwerk jemals abgeschlossen, geschweige denn zu Ende gedruckt werden könnte.

Zu dieser Zeit befand sich das schon vor Kriegsausbruch fertiggestellte Manuskript des zweiten Bandes in der Obhut des Schwedischen Reichsarchivs in Stockholm, wohin es während des Krieges in Abschrift gerettet worden war. Dieser Band wurde von dem Stockholmer Verlag Norstedt & Söner übernommen und dann 1951 mit Unterstützung durch den staatlichen Humanistischen Fonds und durch die Gesellschaft Karolinska Förbundet gedruckt.

Mir persönlich bedeutete in damaliger Zeit diese unerwartete Hilfe ganz außerordentlich viel. Konnte ich doch mit einem Gefühl der Befreiung von einem unerträglichen moralischen Druck daraus ersehen, daß man in Schweden trotz der fortschwellenden Leidenschaften sehr wohl zu unterscheiden wußte; man wußte um den alten, immer noch lebendigen kulturtragenden Kern Deutschlands. Überhaupt: ohne die Ermutigung und die stete Unterstützung durch meine Freunde von jenseits der Ostsee hätte ich in all den deutschen Wirren und Nöten der Nachkriegszeit niemals die Kraft finden können, die Arbeit an meinem dritten Bande durchzuhalten und zu vollenden. Diesen meinen Freunden kommt daher das Hauptverdienst daran zu, und ihnen in allererster Linie habe ich dafür zu danken.

Etwa fünf Jahre umfaßt die letzte dramatisch bewegte Periode der Regierungszeit Karls XII. zwischen den Jahren 1715 und 1719, und an deren Ende steht der tragische Tod des Königs vor der Festung Fredrikshald mit der darauf folgenden Staatsumwälzung in Schweden. Diese Jahre sind, wenn man absieht von dem russischen Feldzug von 1708/1709, so gründlich wie keine andere der

Ereignis- und Problemketten der Epoche Karls XII. historisch untersucht und leidenschaftlich diskutiert worden. Dennoch ist die Forschung in den zentralen Fragen dieser Zeit im Grunde fast überall nicht weiter als bis zu einem resignierenden *non liquet* gekommen. Das gilt sowohl für die damaligen Machtpositionen in dem säkularen Kampf um die Vorherrschaft in Osteuropa und die Beherrschung des baltischen Meeres, wie für die Verhandlungen während des Kongresses auf den Alandinseln, wie besonders auch für die letzten politischen und militärischen Zielsetzungen des Königs und die rätselhaften, bis in die jüngste Zeit immer wieder heftig umstrittenen Hintergründe und Vorgänge bei seinem Tode.

Mit all dieser Problematik hatte ich mich an der Hand einer höchst umfangreichen, zum Teil stark polemischen Literatur, welche die Arbeit ganzer Generationen an Forscherleistung umfaßt, auseinanderzusetzen. Die vorhandenen und zugänglichen primären Quellen an gedruckten und ungedruckten Archivalien waren bereits von diesen zahlreichen und bedeutenden Historikern für ihre Untersuchungen gründlich ausgewertet worden. In dieser Beziehung handelte es sich für mich daher vorwiegend um gewissenhaftes Referat und um überschauende Beurteilung. Dennoch kam ich, mir zunächst ganz unvermutet, in die Lage, die archivalischen Schätze des ehemaligen Preußischen Geheimen Staatsarchivs zu Rate ziehen zu können, die mir bei der Arbeit an meinen beiden vorhergehenden Bänden aus Gründen, die ich im Vorwort zu meinem zweiten Bande auseinandergesetzt habe, weiterhin als eine Art Ariadnefaden gedient hatten.

Beim Zusammenbruch meines Vaterlandes waren die reichen Materialien der deutschen Archive Kriegsbeute der Siegermächte geworden. Die Prärogative des Siegers wurde auch ausgedehnt auf solche Archivmassen, die nicht mehr von gegenwartspolitischer, sondern nur noch von historischer Bedeutung sind. Dies Schicksal traf auch die Bestände des Preußischen Geheimen Staatsarchivs, die während des Krieges zum größten Teil aus Berlin-Dahlem verlagert worden waren, um diese für die Geschichtsschreibung unersetzlichen Werte vor den von Jahr zu Jahr gesteigerten Bombenangriffen in Sicherheit zu bringen. Die sowjetische Militärverwaltung, in deren Hand das archivalische Kulturgut des Preußischen Geheimen Staatsarchivs gefallen war, hat es jedoch von 1948 an bis 1955 wieder zurückgegeben. Und zwar an das

inzwischen geschaffene Deutsche Zentralarchiv in der Deutschen Demokratischen Republik, wo die Aktenbestände in Merseburg der Forschung wieder zur Verfügung stehen.¹ Mir wurden sie in dem neu errichteten Archivgebäude in Potsdam bereitwillig zugänglich gemacht. Ich erhielt auch einen Dauerpassierschein, der im zweigeteilten Deutschland auch für Fahrten von West-Berlin nach Potsdam leider nötig ist, und ich habe den Archivbeamten in Merseburg und Potsdam dafür zu danken, daß sie mir bei der Bereitstellung und der Benutzung der für meine Zwecke bedeutungsvollen Akten jede Unterstützung und Hilfe gewährt haben. Es handelte sich dabei vor allem um die Serien zu den Kämpfen um die schwedischen Ostseeländer und zu den Verhandlungen auf den Ålandinseln, besonders die Berichte des preußischen Gesandten v. Mardefeld und die dazugehörigen Reskripte und Beilagen. Soweit ich sehen konnte, hat das Preußische Geheime Staatsarchiv die Abenteuer seiner Fluchtodyssee und seines Verweilens in fremdem Gewahrsam bei nur geringen Verlusten überraschend gut überstanden.² Jedenfalls waren die Aktenbände aus den früheren Repositoren 11 und 81, die ich in den Händen gehabt habe, im alten tadellosen Zustand.

Auch die Beschaffung der Literatur für den Zeitabschnitt, der in meinem Abschlußbande Darstellung findet, bereitete nicht geringe Schwierigkeiten. Denn ein sehr großer Teil der Bücher der ehemals Preußischen, jetzt Deutschen Staatsbibliothek in Berlin war während des Krieges, um sie der Gefährdung durch die Luftangriffe zu entziehen, verlagert worden und befindet sich heute in Marburg. Nicht immer genügte für die Bücherbeschaffung die Unterstützung durch die Fernleih- und die Auskunftsstelle der Deutschen Staatsbibliothek. Auch in dieser Hinsicht war ich daher auf den Beistand angewiesen, der mir bei der Heranziehung von Literatur, die mir in Deutschland unter den jetzigen Zeitumständen entweder gar nicht oder nur schwer erreichbar war, teils von schwedischen Freunden teils von Institutionen in den skandina-

¹ Vgl. die informierende Einleitung zu: Übersicht über die Bestände des Deutschen Zentralarchivs Potsdam, von H. Lötze und G. Enders (Schriftenreihe des Deutschen Zentralarchivs Nr. 1 1957), ferner H. Lötze in: Archivmitteilungen 1956 S. 33 f., 65 f., u. in: Der Archivar 9, 1956.

² Darüber W. Nissen, Das Schicksal der ausgelagerten Bestände des Preuß. Geh. Staatsarchivs und des Brand.-Preuß. Hausarchivs und ihr heutiger Zustand (Archivalische Zeitschrift 49, 1954); W. Zimmermann, Das Hauptarchiv — Preuß. Geh. Staatsarchiv — in den ersten Kriegsjahren (Der Archivar 8, 1955).

vischen Ländern gewährt worden ist. Solche Literaturhilfe und wertvolle Hinweise habe ich erhalten besonders von der Bibliothek des Kgl. Schwedischen Kriegsarchivs, aber auch von dem Kgl. Dänischen Heereskommando, der Garnisonbibliothek in Kopenhagen, sowie der kriegshistorischen Abteilung des Kgl. Norwegischen Verteidigungsministeriums. Ich bin diesen Institutionen und den Männern, die mir privat oder in amtlicher Eigenschaft durch Hergabe oder Beschaffung von Literatur geholfen haben, im Interesse meiner Arbeit zu großem Dank verpflichtet. Karolinska Förfbundet verdanke ich die mir unentbehrliche ganze Reihe der wertvollen Jahrbücher dieser historischen Gesellschaft. Der frühere schwedische Reichsarchivar, Herr Prof. Dr. Boëthius, einer der bedeutendsten Kenner der Wirtschafts- und Sozialgeschichte seines Landes, hatte die Freundlichkeit, mir bei der Abfassung des letzten Kapitels dieses Bandes, das solche Fragen in knapper Form erörtert, durch literarische Hinweise und durch Ratschläge zur Seite zu stehen. Und nicht zuletzt ist es mir auch ein Bedürfnis, Frau Major Schürer von Waldheim hier auf das herzlichste Dank dafür zu sagen, daß sie mir aus der schönen karolinischen Bibliothek ihres verewigten Mannes so wesentliche Werke wie Nordbergs »Konung Carl Den XII:tes Historia« und das Sammelwerk von S. E. Bring »Karl XII. till 200-Årsdagen Af Hans Död« überlassen hat.

Die Herkunft der diesem Bande beigegebenen Karten und Bilder ist jeweils besonders vermerkt worden.

Für die Datierung ist in diesem Bande im allgemeinen das System der Doppeldatierung angewandt worden: nach dem alten julianischen Kalender, der während der dargestellten Jahre außer in Schweden noch in Rußland und England im Gebrauch war, und nach dem neuen gregorianischen Kalender, der im übrigen Europa galt und dem julianischen Kalender um elf Tage voraus war. Zum Teil aber, besonders bei zitierten Schriftstücken und Archivalien, hat nur die eine oder die andere Form der Datierung Anwendung gefunden. Es ist das dann jedesmal durch die Bezeichnung »a. St.« oder »n. St.« vermerkt worden.

In den beiden ersten Bänden ist dagegen bis Ende Februar 1712 nach dem damaligen schwedischen Kalender (schw. St.) zitiert worden, der von 1700 bis zum 1. März 1712 in Schweden Anwendung fand und bis zu diesem Tag dem julianischen Kalender um einen Tag voraus war. Diese Datierungsdifferenz muß bei Rück-

verweisungen auf Ereignisse und Dokumente innerhalb dieses Zeitraumes beachtet werden. (Vgl. über den Datierungswirrwarr der drei verschiedenen »Stile« die Vorworte zu den Bänden I und II.)

Otto Haintz

KAPITEL I

Die machtpolitischen Positionen in Europa um die Jahreswende 1714/1715. Der Übergang Preußens und Hannovers auf die Seite der Nordischen Allianz. Die Vorbereitungen für den Feldzug in Norddeutschland.

In drei großen Abschnitten hat sich die im Geschichtlichen großartige und menschlich ergreifende Lebensbahn König Karls XII. vollendet. Der erste reicht bis zur Epochenschlacht von Poltawa und zur Kapitulation von Perevolotnja; er führt in steilem Aufstieg empor zu historischer Größe und unvergänglichem Ruhm und endet in einer militärischen Katastrophe. Der zweite reicht bis zur Heimkehr des Königs aus der fernen Türkei und endet mit dem Verlust fast aller schwedischen Außenländer. Der dritte und letzte schließt, ein neue Ära in der Geschichte Schwedens und des gesamten europäischen Nordens einleitend, mit dem Soldatentod des Königs vor der norwegischen Feste Frederikshald.

Jeder dieser drei Abschnitte eines wahrhaft königlichen Lebens bedeutet die Tragödie einer politischen Idee, die hinter den militärischen Zielsetzungen und den diplomatischen Verhandlungen lebendig und erkennbar ist. In der ersten Phase fühlt der König sich stark genug, aus der Kette der Angreifer Schwedens ein Glied nach dem anderen herauszubrechen, und scheidet schließlich an dem letzten und gefährlichsten Widersacher, dem großen Zaren und seiner Staatsschöpfung, als ein unbewußter Vorkämpfer eines künftigen Europa. In der zweiten Phase sucht Karl XII., so wie fast zwei Jahrhunderte früher der König von Frankreich gegen das habsburgische Großreich sich mit Sultan Soliman II. verbündet hatte, gegen Rußland die asiatischen Kräfte der türkischen Despotie aufzubieten und im Bündnis mit dieser barbarischen Macht noch einmal sein Schweden zu einer Erneuerung des Endkampfes gegen das petrinische Rußland emporzureißen. Diese großartige

politische Konzeption erweist sich als undurchführbar, wegen der Untauglichkeit der türkischen Staatsführung, wegen des fortschreitenden Kräfteverfalls der schwedischen Heimat und nicht zuletzt wegen der Blindheit der europäischen Mächte gegenüber der rasch anwachsenden russischen Gefahr. Während der Endphase seines Lebens versucht Karl XII., ähnlich wie es im Jahre 1658 sein kriegsgewaltiger Vorfahr Karl X. Gustav an einer schicksalhaften Wende seines von übermächtigen Feinden angegriffenen Reiches getan hatte, seinen Staat an Dänemark schadlos zu halten. Gleichzeitig bemüht sich der Enkel dieses ersten Pfälzers auf dem schwedischen Thron um irgendeinen Ausgleich mit der einen oder der anderen Gruppe derjenigen seiner Feinde, die für ihn zunächst unangreifbar geworden waren. Dahinter steht das Ziel, innerhalb neu zu schaffender Mächtegruppierungen in Europa Schwedens Großmacht trotz allem schließlich doch noch wieder aufzurichten. Jede dieser Lebensphasen des großen Königs verläuft wie eine planvoll gebaute Tragödie, während deren jedesmal des Königs politische Zielsetzung sich dramatisch kompliziert, immer wieder zu atemberaubender Peripetie emporsteigt und schließlich in eine Katastrophe hinabstürzt.

Alle diese tragisch verlaufenden Lebensabschnitte dieses Herrscherlebens verbindet der Abwehrcharakter seines Kampfes um die Behauptung der Großmachtstellung des schwedischen Staates und Volkes. Zu keiner Stunde eines so opfervollen 18jährigen Ringens war Schweden und sein König der Angreifer. Vielmehr hat dieser unerhörte Heldenkampf stets der Verteidigung des guten schwedischen Rechts gegolten. Darauf hat Karl XII. sich allezeit versteift und dabei allzu sehr besonders zu Anfang seiner Laufbahn die raffinierten Mittel der damaligen Kabinettpolitik mißachtet. Die Geschichte ist während der Periode des Nordischen Krieges über Schwedens gutes Recht hinweggeschritten. Alte, bis dahin festgefügte Formen des staatlichen Zusammenlebens hat sie hinweggefegt und neue Kräfte aus dem gärenden Chaos dieses großen welthistorischen Kampfes emporsteigen lassen. Das ostwärts gewandte Antlitz des alten Erdteils Europa erhielt im Endergebnis ein vollkommen verändertes machtpolitisches Gepräge.

Rußland, von Karl XII. seit den ersten Kriegsjahren immer klarer als der gefährlichste Feind erkannt und immer wieder in entscheidenden Schicksalsstunden vergeblich bekämpft, reckte sich während des Krieges immer unwiderstehlicher in seiner riesigen

Stärke empor. Dagegen sank Polen, dessen Schlüsselposition an der Grenzscheide zwischen Ost und West der schwedische König vollkommen richtig erkannt hatte und dessen heruntergewirtschaftete Staatsform er, allerdings mit untauglichen Mitteln, zu stützen bemüht war, damals zu einem Trabanten des Zarenreiches herab, das von der polnischen Bastion aus die Mitte Europas überschattete. Diese östliche Kräftekombination ist dann, obwohl in sich voll immer erneuerter innerer Spannungen, während der kommenden Jahrhunderte nur vorübergehend aufgelöst worden und im Wesentlichen bis in die Gegenwart bestehen geblieben, ohne daß die europäischen Mächte sich der latenten Gefahr eines durch die Beherrschung des polnischen Raumes gegen Europa vorstoßenden Rußland recht bewußt gewesen wären.¹

Die Türkei, seit Jahrzehnten schon ohne klare politische Linie, hatte sich jeder Aktivität an ihrer europäischen Nordgrenze begeben und ihre immer noch bedeutenden aggressiven Kräfte dem Mittelmeerraum zugewandt. Preußen hatte seit dem Ende des Spanischen Erbfolgekrieges seine bis dahin im Westen gebundene Militärmacht zu seiner freien Verfügung und schickte sich zögernd an, auf die Seite der Gegner Schwedens zu treten, ohne sich jedoch jetzt und in Zukunft auf deren divergierende Interessen allzu sehr festzulegen. August der Starke, in Polen in Abhängigkeit von dem verbündeten Zaren zu geraten, vermochte in Zukunft auch in Deutschland kein bedeutendes Gewicht mehr in die Waagschale der Entscheidungen zu legen. Das Haus Habsburg, das seit den Friedensschlüssen am Ende des großen Ringens um die spanische Erbfolge seinen Länderbesitz bedeutend hatte vergrößern können, war dennoch weder militärisch noch finanziell stark und scheute einen Einsatz in die epochale Auseinandersetzung um den Bestand oder den Untergang der schwedischen Großmacht. Denn es fürchtete die bourbonische Drohung von Westen her und die türkische im Osten.

¹ Als zu Beginn des Sommers 1715 die kaiserliche Politik Schweden in Norddeutschland seinen Feinden preisgab, da bedeutete das, wie Per Sörensson im I. Teil seiner groß angelegten Untersuchung. »Kejsaren, Sverige och de Nordiske Allierade från Karl XII:s hemkomst från Turkiet till Alliansen i Wien 1719« (in Kar. Förb. Årsbok 1926 S. 203/204) stark betont, einen für die Zukunft verhängnisvollen weiteren Schritt auf dem Wege der Niederreißung der bisherigen Schranken »gegen die Gefahr aus dem Osten, welche damals die schwedische Großmacht mit willfähigem Beistand Westeuropas zerschmetterte, aber später einmal gerade diejenigen Mächte, mit deren Hilfe oder stillschweigendem Einverständnis das geschah, mit den größten Gefahren bedrohen sollte«.

Schon im Jahre 1715 zeichneten sich die neuen Konturen der Machtverhältnisse im Norden und Osten unseres Erdteils deutlich ab. Doch sollten die eisernen Würfel noch lange Jahre rollen, bis überall dort die Waffen das letzte Wort gesprochen hatten.

Als sich in der dunklen Nacht zum 11./22. November des Jahres 1714 vor dem König Karl XII., der nur von dem Oberstleutnant Otto Friedrich v. Düring begleitet war, eines der Tore seiner treuen Festung Stralsund geöffnet hatte, da war damals nicht allein das hohe politische Spiel in der Türkei verloren. Es war auch das letzte Feldheer Schwedens, die Armee Stenbock, schon im Mai 1713 in Holstein zugrunde gegangen. Und jenseits der Ostsee, die einmal in vergangenen stolzen Tagen nahezu ein schwedisches Binnenmeer gewesen war, hatte Schweden nur noch die starken Plätze Stralsund und Wismar, so weit deren Waffen reichten, fest in der Hand. Das Antlitz der Lage Schwedens war drohend, düster, voll von Zukunftsgefahren.

Die feindliche Koalition stand so mächtig da wie je. Preußen hatte über die Sequester von Stettin den mittelbaren Anschluß an sie gefunden. Die Unterstützung der Seemächte hatte Schweden längst verloren. Von Frankreich hatte es trotz des Defensivbündnisses vom 24. März/4. April 1715, das Schweden immerhin auf drei Jahre je 600 000 Reichstaler Subsidien zusicherte,¹ darüber hinaus wirksame Hilfe nicht zu erwarten.

Auch mit Spanien suchte Karl einen ähnlichen Subsidienvertrag, der sich gegen England richten sollte, zustande zu bringen. Doch scheiterten die Unterhandlungen, die der Sohn des Grafen Mauritz Vellingk in Madrid führte, im November 1715.

Unter solchen Umständen hatte Schweden auf einen ehrenvollen Frieden, der ihm wenigstens einen Teil des reichen Kranzes seiner Provinzen jenseits des baltischen Meeres zurückgegeben hätte, trotz seiner Verbindung mit Frankreich keine begründete Aussicht. Die harte Notwendigkeit der Stunde bestand daher in neuen

¹ P. Sörensson, Sverige och Frankrike 1715—1718, S. 11, 31; derselbe bei S. E. Bring: Karl XII. till 200 årsdagen af hans död S. 417; F. F. Carlson, Om fredunderhandlingarne åren 1709—1718 (Stockholm 1857), S. 78 f. Carlson datiert das Bündnis, ebenfalls wie Sörensson unter Berufung auf das Original im Schwedischen Reichsarchiv, auf den 22. März 1715. Am 6./17. April schon ratifizierte Karl XII. den Vertrag in Stralsund. Dieser garantierte die Abmachungen der Friedensschlüsse seit dem Westfälischen Frieden für beide vertragschließenden Parteien. Doch zögerte Frankreich später unter dem Vorwand eigener finanzieller Bedrängnis die Auszahlung der Subsidien hinaus, so daß Schweden während der Belagerung von Stralsund in größte Geldnot geriet.

Rüstungen, neuen Aushebungen, neuen Geldauflagen, alles in allem eine furchtbare Last für den tief erschöpften Körper des schwedischen Reiches.

An der Streitfrage der Sequester der wichtigen Oderfestung Stettin entzündete sich im Sommer des Jahres 1715 der Krieg zwischen Schweden und Preußen.¹ Zwei Jahre vorher, im Juni 1713, hatten Vellingk, der in Abwesenheit des Königs die Deutschlandpolitik Schwedens führte, und Görtz, der holsteinische Staatsminister, mit Preußen die Übergabe von Stettin und Wismar in die Hände von Gottorp und einer »neutralen Macht«, womit Preußen gemeint war, vereinbart. Nach Kriegsende sollten beide Festungen an Schweden zurückgegeben und dieses bis dahin im Besitz von Rügen und Stralsund geschützt werden. Die Sequesterabmachung der beiden Staatsmänner war in Hamburg wenige Wochen nach dem Untergang der Armee Stenbock getroffen worden. Kein Zweifel, daß sie unter dem deprimierenden Eindruck dieser Katastrophe zustande gekommen ist und für Schweden den Sinn haben sollte, noch Schlimmeres zu verhüten. Doch hatten die beiden Festungskommandanten sich geweigert, das Vertragswerk ohne die Zustimmung ihres Souverains anzuerkennen, und dieser hatte zu Anfang des August in scharfer Form die Ausführung untersagt. Schon vorher war es seit dem 23. Juli/3. August 1713 zur Belagerung von Stettin durch Russen und Sachsen gekommen, und als die Lage der Festung verzweifelt geworden war, trat die Frage der Sequester Stettins in ihr zweites Stadium.

Am 19./30. September 1713 hatte der Kommandant General Meijerfeldt die ihm anvertraute und tapfer verteidigte Stadt mit russischer Zustimmung zwei schwedischen Bataillonen überlassen, die vorher in gottorpischen Dienst übernommen worden waren. Der größere Rest der Garnison hatte freien Abzug nach Stralsund erhalten. Es war dann der Haupttrezeß zu Schwedt am 25. September/6. Oktober 1713 zwischen dem Fürsten Menschikow, welcher vorgab, durch die Nordische Allianz zum Abschluß bevoll-

¹ Zu den früheren Phasen der Sequesterfrage vgl. Band II S. 231 f., 274 f., 291 f. Dort hat auch ihre Verfilzung mit den intriganten Plänen der holsteinischen Politik, sowie die Reaktion Dänemarks und die Stellungnahme des Zaren Darstellung gefunden. Bis zum Jahre 1716 spielt die Sequesterfrage in dem Propagandakrieg zwischen Schweden und Preußen eine sehr wesentliche Rolle. (Vgl. z. B. Preuß. Geh. Staatsarchiv, *Varia bellum Svecicum concern.* fol. 167, Rep. XI 247 II 115.) Die Propaganda wandte sich von beiden Seiten vor allem an Frankreich und den Kaiser.

mächtigt zu sein, und den preußischen Unterhändlern in Gegenwart Friedrich Wilhelms I. abgeschlossen worden. In Ausführung dieses Vertrages waren zwei preußische Bataillone zu den beiden gottorpischen nach Stettin gelegt worden. Darauf war die Festungskommandantur aus den Händen des gottorpischen Vermittlers v. Bassewitz, dem Meijerfelt seine Festung übergeben hatte, an den rangältesten preußischen Offizier Generalmajor v. Bork übergegangen.

Durch den Schwedter Haupttrezeß hatte Fürst Menschikow im Namen des Zaren dem König von Preußen Stettin bis zum Kriegsende in Sequesterverwaltung gegeben. Eine geheime Klausel hatte festgelegt, daß außer dem Hinterland der Festung bis zur Peene mit den Plätzen Demmin und Anklam auch der auf dem Westufer der Peeneausmündung aus dem Haff belegene Ort Wolgast in die Sequester einbegriffen sein sollte. Sachsen, das die von seinen Truppen besetzten Plätze an der Peene ausgeliefert hatte, war durch die bedeutende Summe von 200 000 Reichstalern abgefunden worden, die der König von Preußen aus seinem Staatsschatz gezahlt hatte. Dieser Betrag, der sich um die gleiche, für Rußland ausbedungene Summe vermehrte, sollte dann nach dem Ende des Nordischen Krieges von Schweden gegen Rückgabe seines pommerischen Besitzes Preußen wiedererstattet werden. Der Schwedter Haupttrezeß ist jedoch schließlich nicht einmal von Sachsen und Rußland, geschweige denn von dem benachteiligten und beiseite geschobenen Verbündeten Dänemark ratifiziert worden. Schweden legte feierlich Verwahrung ein. Beide einander verfeindeten Mächte protestierten jede für sich auf das heftigste gegen diese hinter ihrem Rücken abgeschlossene Abmachung. Praktisch war daraus die Verpfändung einer Kriegseroberung an einen dritten und zwar an einen neutralen Staat geworden, eine Transaktion, die nach den damals geltenden völkerrechtlichen Begriffen höchst anfechtbar war. Doch verringerte das keineswegs das politische Gewicht des Schwedter Haupttrezesses, dessen Durchführung nun vornehmlich zu einem Streitobjekt zwischen Preußen und Schweden wurde.

Damit war die Frage der Sequester von Stettin in ihr drittes Stadium eingetreten. Preußen hatte zunächst versucht, auf dem Wege friedlicher Vereinbarungen den König von Schweden zur Anerkennung des Geschehenen zu bewegen, und hatte sich dabei der Vermittlung Frankreichs bedient, dessen Stimme bei den guten

schwedisch-französischen Beziehungen Gewicht hatte. Doch hatte sich Preußen für einen schwedischen Verzicht auf den preußischen Sequesterbesitz in Pommern nur zu einer sehr wenig effektiven Unterstützung Schwedens mit diplomatischen Mitteln in dessen Kriege gegen die Nordische Allianz bereithalten wollen. Karl XII. hatte dagegen offene Parteinahme Preußens, ja sogar Unterstützung bei einer Wiederaufnahme des Kampfes um den Besitz der verlorenen baltischen Länder verlangt und bis zu einer so weittragenden Entscheidung an seiner formellen Verwerfung des Hauptrezesses zu Schwedt festgehalten. Diese politische Entscheidung Preußens zugunsten Schwedens ist niemals erfolgt. Sie war bei der Schwäche der schwedischen Machtstellung südlich der Ostsee auch von Anfang an nicht zu erwarten gewesen und hätte ein ungeheures Risiko für den Hohenzollernstaat bedeutet. Vielmehr hatte der preußische König alsbald nach dem Schwedter Hauptrezess enge Fühlung mit Rußland aufgenommen und im Mai 1714 gleichzeitig mit der Ablehnung der schwedisch-französischen Angebote dem Zaren von deren Inhalt Mitteilung gemacht.

So hatte das politische Schwergewicht der Abmachungen zu Schwedt dazu geführt, daß die schwedisch-preußischen Verbindungen abgerissen waren, daß Preußen zwar seine Neutralität im Nordischen Kriege noch aufrechterhalten hatte, daß aber sein Übertritt auf die Seite der Nordischen Allianz nur noch eine Frage der Zeit war. Besonders als Schweden die kaiserliche Autorität angerufen hatte, damit es wieder in den Besitz seiner in Deutschland verlorenen Länder gelange, und diese ebenso aussichtslose wie unvorsichtige diplomatische Aktion zur Kenntnis Preußens gelangt war, hatte die wachsende Spannung zwischen beiden Mächten dazu geführt, daß Friedrich Wilhelm I. in Mißachtung der zu Schwedt getroffenen Abreden die preußischen Truppen in Stettin im August 1714 ganz erheblich hatte verstärken lassen. Im Januar des kommenden Jahres folgte ein weiteres Regiment preußischer Truppen.¹ Gleichzeitig rüstete der heimgekehrte König von Schweden in Stralsund. Immerhin zählte die

¹ H. Voges, Beiträge zur Geschichte des Feldzuges von 1715, in: Baltische Studien, N. F., Bd. VII (1903), S. 22 f. Anfang Februar folgte noch eine Schwadron Dragoner. Zur gleichen Zeit begann Friedrich Wilhelm I. in Stettin mit der Errichtung eines großen Magazins für 15 000 Mann. Nach Nordberg (Bd. II S. 493) lagen im März 1715 in Stettin jedoch erst 6 preußische Bataillone. Doch verlegte der preußische König Truppenteile aus den östlichen Gebieten der Monarchie nach Hinterpommern und begann damit, sie auf Feldfuß zu setzen.

Besatzung von Stralsund um die Jahreswende 1714/1715 ungefähr 11 000 Mann, von denen allerdings nur ein Teil für einen Feldkrieg brauchbar und ausgerüstet war.¹

Noch einmal, zum letzten Male, hatte König Friedrich Wilhelm I. den Versuch gemacht, Karls XII. Zustimmung zu den Abreden von Schwedt zu gewinnen, als er den gerade von seiner schwedenfeindlichen Mission beim Zaren heimgekehrten, jedoch am schwedischen Hofe seit langem gut angeschriebenen Diplomatenoffizier Graf Schlippenbach nach Stralsund entsandt hatte, um den König von Schweden zu seiner glücklichen Heimkehr in sein Reich zu beglückwünschen. Schlippenbach war jedoch alsbald zurückberufen worden, als es sich herausstellte, daß Karl XII. nach wie vor zu keinerlei Entgegenkommen bereit war.²

Und nun entstanden alsbald Händel wegen der Plätze an der Peene, deren Besitz Preußen im Schwedter Haupttreiß insgeheim zugestanden worden war. Zunächst ließ König Karl am 12./23. Februar 1715 ein kleines Piquet von 20 preußischen Soldaten aus dem an der untersten Peene gegenüber der Insel Usedom gelegenen Städtchen Wolgast vertreiben.³ Diese wenig bedeutende Unternehmung führte vorher und nachher zu erbitterten Remonstrationen von beiden Seiten, ging aber noch ohne Anwendung von Waffengewalt und vor allem ohne Blutvergießen ab.

¹ Vgl. Band II S. 305.

² J. G. Droysen, Geschichte der preußischen Politik, Bd. IV 2 S. 302 Anm. 3, 309. Nach Droysens Ansicht sei das Verfahren Karls XII. dasjenige gewesen, was die Lage erforderte; »er mußte darauf rechnen, daß der Schrecken seines Namens ergänzen werde, was ihm zunächst noch an Mitteln fehlte«. Andererseits aber sagt Droysen, daß die preußischen Erbietungen keineswegs ein Zurückweichen vor dem gefürchteten Schwedenkönig bedeuteten. Nach S. Schartau (Förhållandet mellan Sverige och Hannover 1709—1715, S. 166 f.) erklärt sich dieser letzte Versuch Preußens, zu einem Ausgleich mit Schweden, dessen Träger Schlippenbach war, zu gelangen, dadurch, daß die preußisch-hannoverschen Verhandlungen nicht vom Flecke kamen und daß Georg I. sogar mit der Ratifikation der Punktationen zu Alt-Landsberg vom 11. November (n. St.) 1714 (vgl. Band II S. 302) Schwierigkeiten machte. War es doch sogar so, daß die englischen Torys, die eine Wiederkehr der Dynastie Stuart begünstigten, sich gegen den Erwerb von Bremen stemmten, der ja für Georg I. sein Hauptanliegen bei dem Abschluß der Punktationen von Alt-Landsberg gewesen war. Erst nach dem Wahlsieg der Whigs im Februar 1715 wichen die Torys in ihren Forderungen zurück. Über den Verlauf der Mission Schlippenbachs vgl. die immer noch sehr lesenswerte und gut dokumentierte Abhandlung von B. Lundberg, *De diplomatiska förbindelserna mellan Sverige och Preussen 1709—1715* (Lund 1893), S. 158 f.

³ Wolgast befand sich, auf dem linken Peeneufer gelegen, außerhalb des eigentlichen Sequesterbereichs, und die Verlegung preußischen Militärs dorthin bedeutete nach schwedischer Auffassung daher einen Übergriff.

Friedrich Wilhelm I. begann nun für einen Feldzug gegen Schweden vorbereitende Vorsichtsmaßnahmen größeren Stils. Er befürchtete einen Durchbruch der schwedischen Königsarmee über die Inseln Usedom und Wollin hinweg durch preußisches Gebiet nach Polen. 17 Infanterieregimenter, 4 weitere Bataillone und 16 Kavallerieregimenter, die sich bis zum 30. März/10. April in einem Lager bei Schwedt versammeln sollten, wurden für diesen Konfliktfall bestimmt.¹ Gleichzeitig verstärkten die Preußen ihre Stellungen auf den Oderinseln² und die Schweden ihre Positionen an der Peenelinie.

Im März 1715 hatten die Preußen mit der Befestigung des Städtchens Wollin begonnen, dessen Lage die Einfahrt aus dem Stettiner Haff in die damals allerdings kaum schiffbare Dievenow beherrscht. Als die Vorstellungen, die König Karl von Stralsund aus gegen diese militärische Maßnahme erheben ließ, nichts fruchteten, stellte er im Schutze der Rügenschens Halbinsel Mönchgut eine Flottenexpedition zusammen,³ landete am 11./22. April auf Usedom und ließ wenige Tage darauf, nachdem die Preußen die erste Salve abgefeuert hatten, die inzwischen verstärkte Peenemünder Schanze⁴ durch die Übermacht seiner drei Bataillone erstürmen. Darauf erfolgte in wenigen Tagen die Besetzung der ganzen Insel Usedom durch die Schweden, teils durch Truppen,

¹ Doch sammelten sich diese Regimenter erst nach dem 1. Mai in der Gegend von Stettin.

² Darin, wie überhaupt in seinen Kriegsrüstungen, wurde Friedrich Wilhelm I. bestärkt durch eine Denkschrift des sächsischen Ministers Graf v. Flemming vom 23. März (n. St.) und durch ein Handschreiben des Zaren vom 1. April. Ein Auszug aus ersterem Dokument mit Randbemerkungen des Königs, aus denen sein Kriegswille klar hervorgeht, und der Brief des Zaren im Wortlaut finden sich bei J. G. Droysen, Geschichte der preußischen Politik, Bd. IV 4 S. 318 f. und 321 f. Über die Datierung des Zarenbriefes vgl. Band III S. 19.

³ Seitdem im November 1713 Dänemark seine Flotte aus den pommerschen Gewässern zurückgezogen hatte, beherrschte das leichte schwedische Geschwader von Stralsund wieder den Greifswalder Bodden. (Vgl. Band II S. 241.)

⁴ Bei Nordberg (Bd. II S. 498) findet offenbar eine Verwechslung der Peenemünder Schanze mit Wollin statt. Denn noch vier Wochen später stand auf der Insel Wollin die Armeedivision v. Arnim in Stärke von 9200 Mann, davon in der Stadt Wollin selber acht preußische Bataillone. (Nach den Akten des Preuß. Geh. Staatsarchivs H. Voges in: Baltische Studien N. F. Bd. VII S. 60, 71.) In dem Brief v. Müllerns an Stiernhöök in Wien, den Nordberg (Bd. II S. 501 f.) wiedergibt, ist dann richtig von dem Zwischenfall bei den Schanzen auf Usedom die Rede. Nach dem Dänischen Generalstabswerk (Bd. VII S. 40/41) hat sich indessen die Peenemünder Schanze kampflös ergeben, während die Swineschanze erstürmt werden mußte.

die das leichte Geschwader von Stralsund gelandet hatte, teils über die unterste Peene hinweg. Die gefangengenommenen schwachen preußischen Truppen wurden auf die Nachbarinsel Wollin oder nach Anklam entlassen, da Karl der XII. damals noch den offenen Bruch mit Preußen zu vermeiden wünschte.¹ So war bei der Erstürmung der Peenemünder Schanze das Blut geflossen, an dem sich der Kriegsbrand zwischen beiden Mächten entzündete.

Der König von Preußen beantwortete diesen neuen Handstreich dadurch, daß er am 16./27. April 1715 die beiden gottorpischen Besatzungsbataillone in Stettin² gefangen nehmen, das Arsenal besetzen und die schwedische Zivilverwaltung der Stadt, die bis dahin immer noch ungestört ihres Amtes gewaltet hatte, absetzen ließ. Außerdem befahl er, den schwedischen Gesandten in Berlin Baron Friesendorf und seinen Sekretär Brunel aus Preußen auszuweisen, ebenso den schwedischen Geschäftsträger in Polen Wachschlager, der seit 1708 mehr und mehr ein Schattendasein in Königsberg gefristet hatte.

Das bedeutete die Entscheidung Friedrich Wilhelms I. für den Krieg. Der preußische König hatte seit Beginn des Jahres durch seine Staatsminister wie auch in mehreren persönlichen Schreiben wiederholt versucht, den Kaiser zur Stellungnahme gegen Schweden herauszulocken und festzulegen, wogegen der schwedische Gesandte Friesendorf bei den preußischen Staatsmännern durch das Argument des Interesses von Kaiser und Reich an einem Verbleiben Schwedens auf deutschem Boden zu wirken versuchte, um Preußen zurückzuhalten. Es ist aber der Eindruck, den man aus diesen Verhandlungen gewinnt, als sei die preußische Politik bis dahin schwankend und noch ganz unentschlossen gewesen, aller Wahrscheinlichkeit nach irreführend.³ Alle diese Dokumente müssen wohl nach dem Sprachgebrauch der Zeit als »*maculata charta*« bezeichnet werden und referieren im Grunde nur über Versuchsbalkons oder informatorische, manchmal sogar fiktive Stellung-

¹ Über alle diese Operationen und die an ihnen beteiligten Truppenteile gibt nach den Akten des Preuß. Geh. Staatsarchivs und des Preuß. Kriegsarchivs detaillierten Bericht H. Voges in: *Baltische Studien* N. F. Bd. VII S. 39 f. Vgl. außerdem J. C. Droysen, *Geschichte der preußischen Politik*, Bd. IV 2 S. 120 f., und Dän. Generalstab Bd. VII S. 39 f.

² Inzwischen waren die beiden für Gottorp in Dienst genommenen schwedischen Bataillone durch gottorpische Truppenteile abgelöst worden, die vorher am Frankreichfeldzug teilgenommen hatten.

³ Dieser ganze höchst widerspruchsvolle Verhandlungskomplex ist klargestellt worden durch P. Sörensson in: *Kar. Förb. Årsbok* 1926 S. 172 f.

nahmen. Im wesentlichen war Preußens politische Linie seit dem Haupttreiß von Schwedt 1713 klar; sie ging darauf hinaus, Stettin so oder so festzuhalten. Jedenfalls war Friedrich Wilhelm I. seit der »Delogierung« des preußischen Militärs von der Insel Usedom durch die schwedischen Waffen zum Kriege entschlossen.¹

Allerdings war das Risiko, das Preußen dadurch eingehen wollte, groß genug, angesichts der alles andere als unzweideutigen Haltung des Kaisers und der schwedenfreundlichen Politik Frankreichs, neben so unzuverlässigen künftigen Waffengefährten, wie es Dänemark, Hannover und vor allem Sachsen/Polen waren, und mit der unberechenbaren Potenz des Zarenstaates im Hintergrunde der kommenden Entwicklungen. Daraus erklärt sich die fast ängstliche Vorsicht, mit der die preußische Politik zu Werke ging und nach allen Seiten verhandelte.

Inzwischen aber war während der ersten Monate des Jahres 1715 auch durch Vermittlung neutraler Souveraine noch einmal zwischen den beiden streitenden Mächten verhandelt worden. Am 1./12. Januar war der Landgraf Karl von Hessen-Kassel, dessen Politik in enger Verbindung mit Schweden stand, und dessen Sohn, der Erbprinz Friedrich, sich zur gleichen Zeit auf dem Wege nach Stockholm befand, um sich mit der Prinzessin Ulrike Eleonore, der jüngeren Schwester des schwedischen Königs, zu vermählen², bei Karl XII. in Stralsund eingetroffen. Nach mehrwöchigen Besprechungen mit seinem königlichen Verbündeten war der Landgraf nach Schloß Oranienburg bei Berlin weitergereist, wo sich damals der preußische Hof aufhielt. Der fürstliche Vermittler hatte Vorschläge mitgebracht, die darauf hinausliefen, daß er selber sich für eine baldige und termingerechte Rückzahlung der von Friedrich Wilhelm I. gemäß dem Vertrag von Schwedt an Rußland und Sachsen gegebenen 400 000 Reichstaler verbürgen wollte, wenn Stettin bis zum Friedensschluß an ein hessisches Truppenkontingent ausgeliefert würde und wenn der König von Preußen nach

¹ So auch J. G. Droysen, *Geschichte der preußischen Politik*, Bd. IV 2, (S. 41 f.) 4, (Aktenstücke), und B. Lundberg, *De diplomatiska förbindelserna mellan Sverige och Preußen 1709—1715*, S. 174 f., 178.

² Diese politisch folgenschwere Fürstenhochzeit wurde am 24. März (a. St.) 1715 in Stockholm festlich begangen, worauf der als Truppenführer auf den Kriegsschauplätzen Westeuropas bewährte Erbprinz Friedrich als Generalissimus den Oberbefehl über die Heimatstreitkräfte in Schweden übernahm. Über den Lebensweg dieses als Persönlichkeit umstrittenen deutschen Fürsten und späteren schwedischen Königs vgl. die ansprechende Biographie von W. Holst, *Fredrik I.* (Stockholm 1953.)

der Rückzahlung dieser Summe für immer auf Stettin verzichten würde. Überdies wolle sich der König von Schweden verpflichten, durch preußisches Gebiet keinerlei Feindseligkeiten gegen Sachsen zu unternehmen, wenn Preußen seine Länder gegen feindlichen Durchmarsch von Sachsen her zu sperren bereit sei.¹

Preußischerseits hatte man sich, abgesehen davon, daß man die Neutralität Hessen-Kassels bezweifelte, auf die Abmachungen des Schwedter Haupttrezesses zurückgezogen, die es nach preußischer Auffassung ausschlossen, daß Stettin vor dem Friedensschluß an Schweden zurückgegeben werden könne, und die außerdem eine Garantie für Polen gegen schwedische Angriffe von Vorpommern aus enthielten. Da Karl XII. nicht bereit war, diese Einwendungen anzuerkennen, und auf dem Abzug der Preußen aus Stettin bestand, wozu Friedrich Wilhelm I. in der damaligen politischen Lage auf keine Weise willens war, hatte der Landgraf zu Beginn des Februar unverrichteterdinge die Rückreise angetreten.

Ebenso erfolglos blieb eine nochmalige französische Vermittlung in der Stettiner Streitfrage. Karl XII. hatte schon im Januar den Generalleutnant Baron Eric Sparre, der lange in Diensten Ludwigs XIV. gestanden hatte und bei ihm persona grata war, mit Vollmacht an den französischen Hof entsandt.² Im April 1715 wandte sich im Auftrag seines Königs nun auch der preußische Gesandte in den Niederlanden Baron Knyphausen in derselben verfahrenen politischen Angelegenheit an Ludwig XIV. Das geschah zweifellos nur in der Absicht querschießen. Denn der Preuße brachte nichts als das allgemein gehaltene Angebot mit, sein königlicher Herr werde sich verpflichten, sich der Sache Frankreichs anzuschließen, wenn dieses die preußischen Ansprüche auf Stettin unterstützen wolle.

Immerhin hatten beide um diese wichtige Hafenstadt streitenden Mächte die Vermittlung Frankreichs angerufen, und nun sah sich Ludwig XIV. veranlaßt, durch seinen Berliner Gesandten Graf Rottembourg³ bei Preußen zu intervenieren. Dessen Vor-

¹ Über die bedeutende Rolle, welche Hessen-Kassel in der großen Politik dieser Zeit durchführte, und ihr halb Europa umfassendes Intrigenspiel vgl. die kenntnisreiche und scharfsinnige Arbeit von K. J. Hartman, Karl XII. och Hessarna (Åbo 1935).

² Nordberg Bd. II S. 484. Vgl. Band II S. 263, 268, 275.

³ Rottembourg, Deutscher von Geburt, war bis zum Frühjahr 1714 Gesandter Preußens in Paris gewesen, ein Beispiel dafür, wie damals nicht nur Offiziere, sondern auch Diplomaten unbekümmert die Farbe wechselten.

schläge hatten freilich ein ganz anderes Aussehen, als von den Staatsmännern Preußens erwartet, und zeigen deutlich, daß Frankreich damals weiterhin die schwedische Karte zu spielen gewillt war. Ludwig XIV. ließ am 2./13. April 1715 seine Bereitschaft erklären, er wolle die Garantie dafür übernehmen, daß Preußen die an Rußland und Sachsen gezahlten 400 000 Reichstaler zurückerhalte und daß Schweden auf jeden Angriff gegen Sachsen wie gegen Polen Verzicht leiste, verlangte jedoch dagegen von Preußen, daß es Stettin ausliefere, entweder direkt an Schweden oder an eine neutrale Macht, wofür die deutsche kaiserliche Majestät in Vorschlag gebracht wurde.

Die Rückgabe Stettins war nun aber das genaue Gegenteil von dem, was die Staatskunst Preußens anstrebte. Daher brachte der preußische Staatsminister v. Ilgen diesen Vermittlungsvorschlag zu Fall, indem er jetzt eine direkte Stellungnahme des schwedischen Königs forderte, die Möglichkeit einer Sicherung Polens in Zweifel stellte und außerdem als Treuhänder für Stettin den Kaiser ablehnte und an seiner Stelle den König von England vorschlug, dessen politische Beziehungen zu Schweden gerade zu dieser Zeit wegen des alten Streites um die Freiheit der Schifffahrt nach den verlorenen baltischen Häfen Schwedens außerordentlich gespannt waren. Die preußische Politik ging in dieser Situation noch einen großen Schritt weiter in der Richtung auf den Krieg hin, indem sie ultimativ eine verbindliche Antwort des Königs von Schweden bis zum 29. April/10. Mai 1715 forderte und offen mit dem Anschluß Preußens an die Nordische Allianz drohte.¹ Aus dieser starken Geste Preußens, die eine klare Ablehnung der französischen Vermittlung bedeutete, erwuchs zunächst eine weitere Komplikation der europäischen Lage dadurch, daß der Kaiser gegen eine Treuhänderschaft Englands über Stettin Einspruch beim Berliner Hofe einlegte und sein oberstes Schiedsrichteramt im Reiche auch in der Stettiner Streitfrage für sich in Anspruch nahm.

¹ Nordberg Bd. II S. 497. So auch in einem Instruktionsschreiben v. Müllerns an Stiernhöök in Wien vom 16./27. April 1715, das neben anderen auf irgend-eine Weise in preußische Hand geraten ist und sich im ehemaligen Preuß. Geh. Staatsarchiv (jetzt Zentralarchiv der DDR) Rep. XI 247 II 115 fol. 167 befindet. An der Auffassung L. v. Ranke (Neun Bücher preußischer Geschichte, Teil I S. 168), nach der Friedrich Wilhelm I. soweit irgend möglich einen Ausgleich mit Schweden angestrebt habe, kann sicherlich nicht mehr festgehalten werden.

Ungefähr gleichzeitig war auch wieder die kaiserliche Vermittlung eines allgemeinen Friedens im Norden ein Gegenstand politischer Gespräche geworden. Dies Ziel zu erreichen, sollte auf dem erneut zusammentretenden Kongreß zu Braunschweig versucht werden, wofür sich alle politischen Berater des schwedischen Königs, auch Görg und der Erbprinz von Hessen-Kassel, verwendeten. Das gleiche geschah auch von seiten Frankreichs. Doch konnte keine Verhandlungsbasis gefunden werden, da Karl XII. steifnackig darauf bestand, daß vorher Schwedens Recht auf Herausgabe aller verlorenen deutschen Länder allgemeine Anerkennung finden sollte. Damit war jeder Friedensvermittlung des deutschen Kaisers als Oberhaupt des Reiches der Boden entzogen worden, und es mußte ohne Bedeutung bleiben, daß schwedischerseits an Stelle von Braunschweig mehrere andere deutsche Städte als Kongreßort in Vorschlag gebracht wurden.¹ Die Entsendung eines schwedischen Bevollmächtigten nach Braunschweig unterblieb trotz der schriftlichen Einladung des Kaisers vom 3./14. März 1715. Vielleicht hat Karl XII., im Gegensatz zu seinen Beratern, die richtige Überzeugung gehegt, daß trotz des seit dem Utrechter Frieden gewachsenen politischen Schwergewichts Österreichs auf eine Unterstützung der schwedischen Interessen durch den Kaiser nicht gerechnet werden konnte. Denn immer noch war es so, daß Habsburg sich von der Türkei bedroht fühlte, von Rußland gedrängt wurde, sich auf englische Hilfe gegen die bourbonischen Ansprüche in Europa angewiesen sah und gegenüber den mächtigen deutschen Reichsständen Preußen und Hannover ohne die erforderlichen Machtmittel war. Und vor allem konnte Schweden, durch seine Verbindung mit Frankreich seit geraumer Zeit der kaiserlichen Politik verdächtig, wenig mehr bieten. In solcher Situation hatte Schweden in Braunschweig kaum noch etwas zu erhoffen.

Inzwischen waren seit dem 11./22. April auf Usedom zwischen Schweden und Preußen die Gewehre losgegangen, und es war Blut geflossen. Wenige Tage später, am 23. April/4. Mai 1715, war in Begleitung des französischen Residenten in Hamburg der Mar-

¹ F. F. Carlson, Om fredsunderhandlingarne, S. 82 f., 88 f. Die kaiserlich-schwedischen Verhandlungen und ihre Hintergründe in der europäischen Politik sind ausführlich dargelegt und gründlich durchleuchtet von P. Sörensson in: Kar. Förb. Årsbok 1926 (Kejsaren, Sverige och de Nordiske Allierade från Karl XII:s hemkomst från Turkiet till Alliansen i Wien 1719) S. 160 f., 200 f., und in: Kar. Förb. Årsbok 1927 (Fortsetzung) S. 173 f.

quis von Croissy, der Bruder des Außenministers Torcy, als Sondergesandter Ludwigs XIV. in Berlin eingetroffen, um der französischen Vermittlung durch das Gewicht seiner Persönlichkeit mehr Nachdruck zu verleihen. Der Franzose fand hier in der Streitfrage, die er zu einem guten Ende führen sollte, eine heillose Versteifung der Lage vor. Der schwedische Gesandte Baron Friesendorf war nach den blutigen Zusammenstößen auf Usedom aus Preußen ausgewiesen worden. Kurz vorher hatte er sich — noch in Unkenntnis dieses bewaffneten Konflikts — unklugerweise dazu bewegen lassen, eine von ihm verfaßte Denkschrift vom 13./24. April, die dem französischen Unterhändler Graf Rottembourg als Material gedient hatte, dem preußischen Staatsminister v. Ilgen auf dessen Ersuchen auszuhändigen. In dieser Denkschrift wurde, neben der Versicherung, Schweden wolle, solange die französische Vermittlung betrieben werde, Frieden halten, Preußen beschuldigt, es unternahme offene Kriegsvorbereitungen, um Schweden vom deutschen Boden zu verdrängen, und beabsichtige, die Vermittlungsaktion Frankreichs zum Scheitern zu bringen.

Obwohl diese Denkschrift weder datiert noch signiert war, suchte die preußische Staatskunst aus diesem Dokument eine Art von Kriegserklärung herauszukonstruieren und begründete ihre unnachgiebige Haltung vor allem mit dem Zwischenfall vor der Peenemünder Schanze. Wenige Tage nach der Übergabe dieser Denkschrift hatte der schwedische Staatsminister v. Müllern einen Brief ganz ähnlichen Inhalts an den schwedischen Geschäftsträger Stiernhöök in Wien gerichtet. Da dieser auf Anweisung seiner Regierung dies Schriftstück überall in Europa verbreitete, erwuchs daraus eine weitere Verschärfung der an sich schon übermäßig gespannten politischen Lage, um so mehr als schwedischerseits die ultimative und befristete Forderung Preußens, Schweden habe sich bis zum 29. April/10. Mai direkt zu erklären, strikt abgelehnt wurde, weil Preußen selber keinerlei bindende Verpflichtungen übernehmen wolle.

Trotz dieser hoffnungslosen Lage gab der Marquis v. Croissy seine Mission noch keineswegs auf. Er reiste in Begleitung Rottembourgs und des Hamburger Residenten Poussin alsbald nach Stettin weiter, um sich direkt an den bei seinen Truppen weilenden König von Preußen zu wenden. Am 29. April/10. Mai 1715 wiederholte der Marquis in einer Audienz bei König Friedrich Wilhelm I. unter Berufung auf die Vermittlungsaktion des Land-

grafen von Hessen-Kassel die Vorschläge Rottembourgs. Die Antwort war auch diesmal ablehnend; als Vorwand diente, daß der Zar gegen eine Auslieferung Stettins vor dem Friedensschluß erst kürzlich seinen Protest angemeldet habe. Dagegen wurde dem Abgesandten des mächtigen französischen Selbstherrschers während dessen Stettiner Aufenthalt eine besondere Ehrung dadurch zuteil, daß der preußische Monarch in Croissys Gegenwart eine große Truppenparade abhielt.

Croissy hatte sich auch mit dem kaiserlichen Vertreter am preußischen Hofe, Vossius, in Verbindung gesetzt, um durch ihn womöglich in Berlin wie in Wien für die französische Vermittlung zwischen Schweden und Preußen zu wirken. Doch mußte dieser Versuch vergebliche Mühe bleiben, weil Vossius aus Wien Anweisung erhielt, Preußen vor der Vermittlung Frankreichs zu warnen.¹

Es ist schon so, daß die Versuche, die sowohl von Croissy wie auch von schwedischer Seite zu Beginn des Sommers 1715 unternommen wurden, um die kaiserliche Politik für die von Frankreich vertretenen Sache Schwedens zu gewinnen, eine »Chimäre« waren.² Und es waren gewichtige Gründe, welche Habsburg eine solche Stellungnahme unratsam scheinen ließen. Denn der Kaiserstaat mußte in der Verbindung Frankreichs mit dem in Norddeutschland immer noch unbesiegten Schweden für seinen Einfluß im Reich eine ernste Bedrohung erblicken, der vielmehr entgegen gearbeitet werden mußte. Habsburg hegte zudem immer noch die Besorgnis, daß ein Durchbruch der schwedischen Armee nach Polen, der zu dieser Zeit noch im Bereich der Möglichkeit stand, die für Österreichs Machtposition in Osteuropa gefährliche Türkei wieder in Harnisch bringen könnte; schon stand ja der Krieg der Türkei gegen Venedig, in dem der Kaiserstaat unter keinen Umständen neutral bleiben konnte, vor der Tür.³ Österreich hatte

¹ An die Stelle von Vossius trat denn wegen der damaligen Bedeutung des kaiserlichen Beobachterpostens am preußischen Königshof eine Persönlichkeit höheren Ranges, der General Graf Virmont, der am 18./29. Juli ernannt wurde und im Laufe des September seinen diplomatischen Posten übernahm. Sein Auftrag ging dahin, den Kaiser außerhalb der streitenden Parteien zu halten, damit er jederzeit seine Autorität als Schiedsrichter im Reich und Vermittler in allen anderen politischen Fragen geltend machen könne. Das konnte sich angesichts der Kräfteverhältnisse zwischen den Gegnern nur zu Schwedens Nachteil auswirken. Mitte August 1716 wurde Virmont als kaiserlicher Gesandter nach Polen versetzt, und Vossius blieb als Resident in Berlin.

² So P. Sörensson in: Kar. Förb. Årsbok 1926 S. 200.

³ Vgl. Band II S. 309/310.

außerdem Rücksicht auf England zu nehmen, dessen Hilfe es für den Schutz seiner seit dem Utrechter Frieden neu gewonnenen italienischen Besitzungen gegen die Bourbonen nicht entbehren konnte.

Nach alledem mußte es den österreichischen Staatsmännern als eine Notwendigkeit erscheinen, wenn auch nicht offen auf die Seite der Nordischen Allianz zu treten oder gar die Sache Preußens zu der Österreichs zu machen, so doch sich den Ansprüchen der schwedenfeindlichen Mächte nicht zu widersetzen. Die Uneinigkeit aller dieser Mächte untereinander, von denen keine der Haltung der anderen sicher war, ließ erwarten, daß die kaiserliche Politik immer noch Mittel und Wege finden werde, um dafür zu sorgen, daß keine von ihnen auf deutschem Boden zu mächtig würde. Und vor einem künftigen Übergewicht Rußlands scheint die österreichische Staatskunst damals keine besondere Besorgnis gehabt zu haben.

Eine Chimäre wäre es auch anzunehmen, daß Schweden zur gleichen Zeit noch die Wahl gehabt hätte, sich für oder gegen Frankreich zu entscheiden. Denn seit langen Jahren schon waren Schwedens Beziehungen zu den Seemächten hoffnungslos vergiftet. Ein schwedisches Übereinkommen mit Habsburg konnte schon deswegen eine Bindung Schwedens an Frankreich oder an die Seemächte auf keine Weise ersetzen, weil die schlechten Finanzen Österreichs die Zahlung von Subsidien nicht erlaubt hätten, deren Schweden dringender denn je bedurfte. Zweifellos war also der Staat Karls XII. auf Frankreich und seine Hilfe angewiesen.

So lagen die politischen Fronten in ihren Grundzügen fest, als im Jahre 1715 die großen militärischen Operationen in Norddeutschland ihren Anfang nahmen: gegenüber der schwedisch-französischen Machtkombination stand die Nordische Allianz, die nunmehr mit großer Sicherheit den Anschluß Preußens erwarten konnte, und von seiten des Kaisers stand eine Einwirkung gegen die bevorstehende kriegerische Auseinandersetzung nicht zu erwarten.

So wenig Kaiser Karl VI. bereit war, offen Stellung für die eine oder die andere Seite in dem auf norddeutschem Boden entbrennenden Kampf zu nehmen, so wenig konnte Frankreich dazu vermocht werden, für Schweden zu den Waffen zu greifen. Alle Bemühungen, die von seiten des schwedischen Vertreters in Wien, Stiernhöök, bei dem dortigen französischen Gesandten Du Luc unternommen wurden, blieben ebenso ergebnislos wie parallele

Vorschläge, die Karl XII. durch Sparre in Frankreich direkt vorbringen ließ. Frankreich war durch seine jahrzehntelangen Kriege viel zu erschöpft, als daß es das Risiko eines neuen Feldzuges in Deutschland eingehen konnte. Dagegen zeigte es sich bis zum Ende des Kampfes um Stralsund willig, mit diplomatischen Mitteln für Schweden zu wirken. Aber auch das blieb, wie der Ausgang der Vermittlung Croissys zeigt, erfolglos. Es führte sogar dazu, daß die Haltung der kaiserlichen Politik gegenüber Schwedens Wünschen womöglich noch unnachgiebiger wurde.¹

Inzwischen war die preußische Besatzung in Stettin, die im März aus sechs Infanteriebataillonen bestanden hatte, weiterhin verstärkt worden. Ein großes Truppenlager war bei Schwedt vorbereitet und wurde nun mit starken preußischen Verbänden besetzt. Sächsische Regimenter waren bereits im Anmarsch dorthin. Eine dänische Armee war westlich von Hamburg bei Trittau in der Aufstellung begriffen. Beunruhigende Nachrichten kamen auch aus Hannover. Es wurde im Monat April immer deutlicher, daß große militärische Operationen gegen Schwedens Restbesitz in Deutschland vorbereitet wurden.² In dieser unheilswangeren Situation mußte in der militärischen Ehrung Croissys, der selber ein in langen Jahrzehnten bewährter Soldat gewesen war, über den Höflichkeitsakt gegenüber der Majestät Ludwigs XIV. und seinem Abgesandten hinaus auch eine unmißverständliche Demonstration der preußischen Waffenstärke und des preußischen Kriegswillens gesehen werden.

Der Marquis begab sich nach seiner erfolglosen Stettiner Audienz in den ersten Tagen des Mai zu König Karl nach Stralsund. Von dorther unternahm er, offenkundig unter dem starken Eindruck der Uneinnehmbarkeit dieses Waffenplatzes und des dort lebendigen kriegerischen Geistes, in einem beredten Schreiben vom 11./22. Mai 1715 an den preußischen König noch einen Vorstoß zur Erhaltung des Friedens zwischen Schweden und Preußen. Es war vergebens. Auch ein sich anschließender Brief-

¹ Um die Wende des November/Dezember 1715, als Stralsunds Schicksal besiegelt war, trat der kaiserliche Gesandte Graf Virmont im alliierten Hauptquartier gegen den letzten Versuch Croissys auf, Friedensverhandlungen zwischen den Kämpfern vor Stralsund in die Wege zu leiten. (P. Sörensson in: Kar. Förb. Årsbok 1926 S. 231 f.; vgl. Band III S. 40 f.)

² Nordberg (Bd. II S. 505) berechnet die Zahl der von Preußen für den Angriff auf Schweden bereitgestellten Truppen auf 16 000, die der Sachsen auf 8000 und die der Dänen auf 36 000 Mann, denen Karl XII. nur 12 000 Mann entgegenzustellen hatte.

wechsel mit dem preußischen Staatsminister v. Ilgen führte zu nichts.¹

Inzwischen waren aber seit dem Beginn des April die Würfel der Entscheidung zwischen Krieg und Frieden in Berlin längst gefallen. Am 27. März/7. April waren die preußisch-dänischen Verhandlungen zum Abschluß gelangt. Dänemark hatte gegen die Zusicherung von Stralsund und Rügen der Abtretung von Bremen und Verden an Hannover zugestimmt. Es hatte 24 Bataillone für die Belagerung von Stralsund sowie gegen Geldzuschuß den Einsatz seiner Flotte zugesagt, ohne die Stralsund nicht bezwungen werden konnte. Damit war der Weg frei für den Anschluß Hannovers, der eine Woche später in einem preußisch-hannoverschen Vertrag erfolgte. Der Welfenstaat erklärte sich bereit, nach der Abtretung Bremens und Verdens sich durch Waffenhilfe an der Belagerung Wismars zu beteiligen.²

Den offenen Bruch mit Schweden hatte dann die Ausweisung des schwedischen Gesandten Friesendorf aus Preußen bedeutet. Am 5./16. April war ein Schreiben des Zaren an König Friedrich Wilhelm I., also fast auf den Tag genau gleichzeitig mit der durch die schwedische Besetzung von Usedom veranlaßten Ausweisung Friesendorfs aus Berlin, eingetroffen. Der russische Selbstherrscher hatte darin den König von Preußen zum Anschluß an die Nordische Allianz eingeladen, und der Preuße hatte noch am gleichen Tage aus Charlottenburg dem Staatsminister v. Ilgen den Befehl erteilt, zustimmend zu antworten und offensive Maßnahmen gegen Schweden in alsbaldige Aussicht zu stellen.³ Bereits am

¹ Im französischen Text findet sich dieser Brief abgedruckt bei J. G. Droysen, Geschichte der preußischen Politik, Bd. IV 4 S. 323 f.

² Doch bereitete eine direkte Vertragsabmachung zwischen Hannover und Dänemark, die erforderlich war, noch weitere Schwierigkeiten und wurde erst am 15./26. Juni 1715 abgeschlossen. (Vgl. Band III S. 39). Infolgedessen verweigerte Dänemark zunächst noch die Abtretung Bremens und Verdens und zögerte die zugesagte Truppengestellung hinaus. Dadurch gingen kostbare Sommerwochen für den Beginn der gemeinsamen Operationen gegen Stralsund verloren. Auch zwischen Preußen und Dänemark waren Unstimmigkeiten entstanden, und erst am 19./30. Mai 1715 war ein nur unwesentlich modifizierter Vertrag zwischen beiden Mächten ratifiziert worden, am gleichen Tage, an dem auch der preußisch-hannoversche Vertrag vollzogen wurde. Vgl. zu diesen Verträgen E. Holm, Studier til den store nordiske Krigs Historie, Dansk Hist. Tidsskrift 1881—1882, I S. 2.

³ Preuß. Geh. Staatsarchiv, Rep. XI 247 (bei H. Voges in: Balt. Studien N. F. Bd. VII S. 50, 66). Der Brief des Zaren ist bei J. G. Droysen auf den 1. April datiert. (Gesch. d. preuß. Politik, Bd. IV 4 S. 21 f.).

folgenden Tage erließ der König eine Art von Kriegsproklamation, indem er alle Preußen in schwedischen Diensten zur Rückkehr aufforderte und Ungehorsam dagegen als Hochverrat zu bestrafen drohte.¹

Nun schritten die militärischen Vorbereitungen der antischwedischen Mächtegruppe, die durch den Anschluß Preußens so bedeutend an Stärke gewonnen hatte, rascher voran. In dem neuen Lager bei Stettin, in dem am 20. April/1. Mai gleichzeitig mit dem preußischen Könige auch der sächsische Feldmarschall v. Fleming eintraf, standen an diesem Tage bereits 10 Infanterieregimenter und 6 Kavallerieregimenter preußischer Truppen. Weitere Regimenter waren nach Stettin, Berlin und Magdeburg im Anmarsch. Diese Truppen müssen insgesamt auf etwa 25 000 Mann beziffert werden, von denen indes schließlich vor Stralsund zunächst nur wenig über 20 000 Mann Verwendung fanden.

Während noch über die letzte Form der Bündnisverträge gezeilt wurde und die Truppenkörper in Aufstellung und Bewegung waren, hatten bereits die Verhandlungen über die gemeinsamen militärischen Operationen begonnen. Am 10./21. Mai 1715 hatte der König von England Vorschläge vorlegen lassen.² Ausführlicher waren die Operationsentwürfe, die am 26. Mai/6. Juni 1715 durch den dänischen Oberbefehlshaber, den Generalfeldmarschall Herzog Karl Friedrich zu Württemberg, gemeinsam mit den Generalen v. Dewitz und v. Scholten, für den König von Preußen vorbereitet wurden. Sie sahen für den 16./27. Juni die Vereinigung der dänischen Armee mit preußischen und hannoverschen Truppenteilen bei Wismar vor, ferner das gleichzeitige Eintreffen der dänischen und der preußischen Armee vor dem Peeneabschnitt am 23. Juni/4. Juli und außerdem gegenseitige Unterstützung, falls der König von Schweden eine der beiden Armeen während des Vormarsches angreifen sollte. Im wesentlichen fanden diese Vorschläge die Zustimmung Friedrich Wilhelms I., wenn er sich auch darüber beklagte, daß seit Ende April schon kostbare Wochen nutzlos verstrichen waren.³ Außerdem forderte er den

¹ Veröffentlicht im *Theatrum Europaeum* von 1715 S. 58.

² Preuß. Geh. Staatsarchiv Rep. XI 247 (bei H. Voges in: *Balt. Studien* N. F. Bd. VIII S. 49).

³ Nach dem *Journal de la campagne en Poméranie 1715* (abgedruckt bei J. G. Droysen, *Geschichte der preußischen Politik*, Bd. IV 4 S. 328 f.) habe sich Friedrich Wilhelm I. bei dem König von Dänemark darüber beschwert, daß er so lange Zeit »à bras croisés« habe warten müssen, während er schon seit Ende April bereit gewesen sei anzugreifen.

Einsatz der dänischen Flotte vor der pommerschen Küste, damit der preußischen Belagerungsartillerie der Wasserweg von Stettin nach Greifswald freigemacht werde.

Sodann legte der sächsische General Graf Wackerbarth, der in Vertretung des Feldmarschalls Grafen Flemming den Oberbefehl über das Truppenkontingent Augusts des Starken im preußischen Feldlager führte, am 14./25. Juni eine Denkschrift vor, die sich vor allem mit den Eventualitäten eines Ausbruchs der schwedischen Armee über die Oderinseln hinweg durch Hinterpommern nach Polen oder gegen Westen hin nach Mecklenburg befaßte. Deshalb drängte diese Denkschrift stark auf die Teilnahme bedeutender hannoverischer Streitkräfte an den Operationen, vor allem zur Entlastung der Alliierten vor Wismar. König Georg I. fand sich indes nicht bereit, die geforderten 20 Bataillone zu stellen.¹

König Friedrich Wilhelm I. hatte den Vormarsch der preußisch-sächsischen Hauptarmee für den 17./28. Juni auf der Heerstraße Stettin-Pasewalk-Friedland an der Tollense befohlen, von wo aus gleichermaßen die inzwischen ausgebesserten und gut besetzten Plätze Anklam und Demmin erreicht werden konnten. Durch einen dänischen Kourieroffizier wie durch ein besonderes Schreiben aus dem Kabinett des Königs wurde Friedrich IV. von Dänemark davon benachrichtigt, daß Preußen und Sachsen am 21. Juni/2. Juli dort eintreffen würden, um dann den Peeneabschnitt zu überschreiten, sobald die dänische Armee zum Übergang über die Recknitz bereit stünde.

Inzwischen hatten die schwedischen Kavalleriestreifkorps, die im Juni weit über die Peenelinie hinaus vorgedrungen waren, das Südufer dieses Flusses überall geräumt. Dagegen drangen die schwedischen Kaperschiffe, die damals noch das Stettiner Haff

¹ Preuß. Geh. Staatsarchiv Rep. XI 247 (H. Voges, Balt. Studien N. F. Bd. VIII S. 52 f.). Späterhin gegen Ende Juli verfaßte General v. Scholten ein neues militärisches Promemoria, das die Unterlage zu einem Kriegsrat der beiden Könige und ihrer ersten Berater bildete, der nach der Vertreibung der schwedischen Hochseeflotte und der Rückeroberung von Usedom am 17./28. August einberufen wurde. Doch wurde auch dabei eine Einigkeit darüber, wie und mit welchen Truppenstärken die Belagerung von Stralsund und die Landung auf Rügen durchgeführt werden sollten, nicht erreicht. (Dän. Gen.-Stab Bd. VIII S. 152 f.). Schließlich wurden in einer neuen Denkschrift des Generals v. Wackerbarth vom 2./13. September die Grundlagen für die Angriffsoperationen geschaffen, worauf der König von Preußen Wackerbarth mit der Leitung des Belagerungsangriffs auf die Festung betraute.

beherrschten, bis unter die Bastionsmauern der schwach besetzten Festung Stettin vor. Der König von Preußen ließ deren Besatzung, die nur noch zwei Infanteriebataillone zählte, durch die auf Wollin stehende Armeeabteilung v. Arnim verstärken. Doch waren die Besorgnisse für die Sicherheit der Festung so groß, daß die Bürgerschaft entwaffnet wurde.¹

Zu Anfang des Juni waren neue bewaffnete Zusammenstöße zwischen Schweden und Preußen 40 km südlich von Stralsund an der Peene bei dem von schwedischen Vortruppen gehaltenen Städtchen Loitz erfolgt, wobei die Schweden jenseits der Grenze des Sequesterbereichs, die durch das Fließchen Peene gebildet wurde, seit dem 24. Mai/4. Juni einige hundert Gefangene gemacht hatten. Hier hatte König Karl, zum zweiten Male seit der Einnahme von Usedom, in waghalsigem persönlichem Einsatz seiner kriegerischen Leidenschaft bei der Verfolgung gegen die Grenze von Mecklenburg-Strelitz hin die Zügel schießen lassen.

Inzwischen wurden auf beiden Seiten die Vorbereitungen für entscheidende militärische Operationen mit aller Energie weiterbetrieben. In Stettin, wohin Friedrich Wilhelm seine Belagerungsartillerie gezogen hatte, waren am 2. und 3./13. und 14. Mai auch die sächsischen Regimenter eingetroffen, die unter dem Befehl keines Geringeren als des Feldmarschalls Grafen Flemming standen, der zum letzten Mal im Jahre 1712 mit den Schweden ehrenvoll die Klinge gekreuzt hatte. Die Sachsen zählten ohne die Artilleristen 6000 Mann Infanterie und etwas über 2000 Reiter. Obwohl die dänische Armee fast 30 000 Mann stark war, so befürchtete der König von Dänemark dennoch einen Durchbruch Karls XII. von Stralsund aus nach Holstein. Er hatte deshalb den Zaren um Truppenhilfe gebeten, die dieser auch zusagte.

Darüber wurde dann am 9./20. Juli 1715 ein russisch-dänischer Vertrag abgeschlossen, den der Zar wenige Wochen später in Reval ratifizierte. Friedrich IV. erhoffte sich, nachdem ein schwedischer Durchbruch nach Holstein nicht mehr zu befürchten stand, von den russischen Hilfstruppen eine starke Stütze gegenüber den ihm verbündeten Königen von Polen und Preußen. Am 19./30. September wurde eine ähnliche Konvention über russische Truppenhilfe zwischen Rußland und Preußen vereinbart. Aber schon

¹ H. Voges, Balt. Studien N. F. Bd. VIII S. 62/63; Dän. Gen.-Stab Bd. VIII S. 58.

seit dem Mai war ein russisches Korps von 30 000—40 000 Mann auf dem Anmarsch nach Westen.¹

Die von Hamburg heranrückenden Dänen schlossen seit dem 13./24. Juni die wichtige schwedische Festung Wismar ein. An dieser Zernierung waren 14 dänische und 12 preußische Schwadronen sowie 4 dänische und 2 preußische Bataillone, insgesamt 5000 Dänen und 3500 Preußen, beteiligt. Die schwedische Festungsbesatzung zählte 3000—4000 Mann. Kurz darauf, am 17./28. Juni, legten sich dänische Fregatten vor die Einfahrt nach Wismar und blockierten den Hafen.² Erst am 22. Oktober/2. November traf das hannoverische Hilfskorps ein. Es zählte nur 2300—2400 Mann mit einigen Geschützen. Am 21. Juni/2. Juli besetzten 1400 Dänen trotz des Protestes des Herzogs Carl Leopold von Mecklenburg die Stadt Rostock.

König Friedrich Wilhelm I. brach termingemäß am 17./28. Juni aus dem Lager bei Stettin auf und erreichte drei Tage später als vorgesehen, am 24. Juni/5. Juli, den Ort Klempenow, während die dänische Armee sich dem Recknitzabschnitt näherte. Die Dänen überschritten am 27. Juni/8. Juli die Recknitz unweit ihrer Mündung in den Saaler Bodden bei Damgarten, die Preußen und Sachsen die Peene am Tage darauf zwischen Demmin und Anklam bei Loitz und Jarmen. Zwei Tage später bemächtigten sich die Preußen leicht und rasch der Stadt Greifswald, die als Etappenort für das große Unternehmen gegen Stralsund von überragender Bedeutung war, weil sie mit Transporten auf dem Wasserwege erreicht werden konnte. Seit dem 4./15. Juli war Stralsund auf der Landseite eingeschlossen.

Von den Schweden waren die mecklenburgischen Grenzflüsse Recknitz und Trebel ebenso wie die anschließende Peenelinie kampflos aufgegeben worden. Hinter diesen zwar an sich starken Flußhindernissen, die indessen auf etwa 40 km Abstand von Stral-

¹ Nach einem Briefe Peters an Friedrich Wilhelm (Preuß. Geh. Staatsarchiv Rep. 247) vom 11./22. April. Doch ist dies russische Korps während des Jahres 1715 niemals auf dem Kriegsschauplatz in Pommern erschienen, da es durch einen polnischen Aufstand gegen König August festgehalten wurde. August der Starke selber widersetzte sich einem Durchmarsch der Russen durch Polen. Auch Preußen zeigte sich schließlich wenig interessiert an russischer Waffenhilfe. (Vgl. hierüber H. Voges, *Balt. Studien N. F.* Bd. VIII S. 55 f.; Dän. Gen.-Stab Bd. VII S. 134 f., 195; P. Sörensson in: *Kar. Förb. Årsbok 1926 S. 185, 220 f.*).

² Die Angabe der Stärke der Belagerer bei Nordberg (Bd. II S. 514) ist nicht ganz zutreffend.

sund die enorme Länge von mehr als 100 km ausmachen, wäre gegenüber der feindlichen Übermacht, die ihre Stoßrichtung hätte wählen können, ein Widerstand völlig aussichtslos gewesen.¹ Ebenso hatte Karl XII. weiter rückwärts die für eine Verteidigung sehr geeignete, nur 20 km messende Widerstandslinie hinter den Sumpf- und Wasserstrecken des Borgwallseeabschnitts preisgeben müssen. Offenbar war auch zur ausreichenden Besetzung dieses nur 5 km von den Festungswerken entfernten Geländeabschnittes seine Streitmacht zu schwach.²

¹ Auch wenn Karl XII. unter Aufgabe des Peeneabschnittes seine Verteidigung auf pommerschem Boden hinter die obere Trebel und den bei Greifswald ins Meer mündenden Byckgraben verlegt hätte, wo sie im Jahre 1712 gestanden hatte, wäre die gesamte Abwehrfront vom Saaler Bodden bis zum Greifswalder Bodden hinter den natürlichen Hindernissen der Recknitz, der oberen Trebel und des Byckgrabens immer noch 70 km lang gewesen, hätte also von den zu schwachen schwedischen Kräften gegen die feindliche Übermacht nicht gehalten werden können.

² Vgl. Band II S. 160 f., 169.

KAPITEL II

Die Operationen zu Lande und zur See bis zur Einschließung von Stralsund.

Gegenüber der im offenen Felde erdrückenden Übermacht der gegnerischen Koalition hatten des schwedischen Königs Abwehrmaßnahmen rein defensiv bleiben müssen. Es erhebt sich hier die Frage, aus welchen Gründen Karl XII. nicht dem Beispiel Stenbocks vom Oktober 1712 gefolgt ist und rechtzeitig über die untere Recknitz vorgebrochen ist, um sich auf die von Rostock anmarschierenden Dänen zu werfen.¹ Ebenso wäre eine offensive Aktion gegen die auf den Peeneabschnitt heranrückenden Preußen und Sachsen an sich denkbar gewesen. Kein Zweifel, daß die mächtige kriegerische Energie des Schwedenkönigs diese Möglichkeiten erwochen, jedoch schließlich verworfen hat.

Die Gründe für diesen Entschluß liegen klar zutage. Stenbock verfügte im Herbst 1712 bei Stralsund insgesamt über 19 000 Mann, aus denen er eine vortreffliche Feldarmee von 16 000 Mann aller Waffengattungen zusammenstellen konnte. Karl XII. hatte drei Jahre später dagegen nur 12 000 Mann, einschließlich der Kranken und Abkommandierten, zur Verfügung, von denen 4000 Mann als Festungsbesatzung damals unbedingt erforderlich waren.²

¹ Vgl. Band II S. 160 f., 182 f.

² Karls XII. Armee in Stralsund, die seit dem Abzug Stenbocks bis zum Jahre 1715 dort emporgewachsen war, setzte sich, außer den von Stenbock zurückgelassenen 3000 Mann, aus Verstärkungen von Wismar, den aus Stettin abgezogenen Truppen, einem aus Frankreich zurückgekehrten gottorpischen Hilfskorps, dem Heeresgefolge des Königs aus der Türkei und einigen Verstärkungen aus dem Mutterlande zusammen. Sie war also auf das bunteste zusammengewürfelt und bestand zum allergrößten Teil aus Deutschen. Von diesen 12 000 Mann waren 7000 Mann Fußvolk und 3000 Reiter, der Rest sonstiges militärisches Personal. Die Besatzung der Festung Wismar, die 1713 noch über 5000 Mann gezählt hatte, war im Jahre 1715 auf 3000 Mann gesunken, die indes hinreichend waren. (Vgl. Band II S. 240/241, 304/305.) H. Voges (Balt. Studien N. F. Bd. VII S. 67) überschätzt die Stärke der Armee von Stralsund